

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zl., monatlich 4,80 Zl. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Zl. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 Zl., monatlich 5,39 Zl. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Zl., Danzig 3 G., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung ufm.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 gr., die einseitige Reklamezeile 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Da. Ft., Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postcheckkonten: Polen 202 157, Danzig 2528, Sietlin 1847.

Nr. 204.

Bromberg, Mittwoch den 7. September 1932.

56. Jahrg.

Die Konferenz von Stresa.

Die Eröffnung.

Stresa, 6. September. (PNA) Die Konferenz von Stresa ist gestern nachmittag im Regina-Palast-Hotel eröffnet worden. Die Konferenz dürfte nur wenige Tage dauern. Daß weitreichende Ergebnisse erzielt werden könnten, wird von allen Delegierten bezweifelt.

Der Präsident, der frühere französische Minister Georges Bonnet, begrüßte in einer längeren Ansprache die Repräsentanten der in der Konferenz vertretenen 15 Staaten, dankte den italienischen Behörden für die Gastfreundschaft und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die jetzt eröffneten Beratungen und die Mitwirkung des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes das Material liefern würden, das als Grundlage zur Lösung der Weltwirtschaftskrise dienen könnte. Die Generaldiskussion soll heute eröffnet werden.

Eine deutsche Stellungnahme.

Die Tat-Kreis-Korrespondenz, die bekanntlich in Opposition zu Herrn von Papen, nicht aber zu Herrn von Schleicher steht, veröffentlicht zur Eröffnung der Konferenz von Stresa den nachstehend wiedergegebenen Kommentar, der in der reichsdeutschen Presse der verschiedensten Parteirichtungen Beachtung gefunden hat. Wir können nicht beurteilen, wie sich die amtliche Reichspolitik heute zu den mitteleuropäischen Problemen im allgemeinen und zu der Konferenz von Stresa im besonderen einstellt.

Wir sind jedoch im bewußten Gegensatz zu den nachstehenden Ausführungen des „Tat-Kreises“ der schon früher betonten Meinung, daß die Wirtschaftskrise der mitteleuropäischen Staaten von Frankreich nicht gemeißelt werden kann, weder durch politisch-militärische Bündnisverträge, die geschlossen sind, noch durch Kredite, die nicht mehr gegeben werden sollen. Dadurch wird die seit mehr als einem Jahrzehnt verschüttete natürliche Entwicklung im mitteleuropäischen Raum mehr und mehr freigelegt, die ohne Deutschland und Italien einfach nicht zu lösen ist.

Die Erkenntnis dieses Standes der Dinge wird durch unerhörte wirtschaftliche Opfer erkauft; aber sie wird sich allmählich Bahn brechen aller traditionell verkehrten Politik zum Trotz, mögen sich nun die einzelnen Regierungen aktiv oder passiv dazu verhalten. Ihre gesunde Aktivität kann lediglich die Befreiung aus dem Wirtschaftselend im östlichen Teil Mitteleuropas beschleunigen, ihre Passivität kann den Gang der Entwicklung nicht verhindern. Auch in unseren Breiten lassen sich die Naturgesetze nicht entthronen.

Die Schriftleitung.

Auf der Konferenz in Lausanne wurde beschlossen, eine mitteleuropäische „Aufbau-Konferenz“ in Stresa (Oberitalien) abzuhalten, auf der nun endlich die verfahren politische Lage der ostmitteleuropäischen Staaten geregelt werden soll. Diese Konferenz trat am 5. September an den Ufern des Lago Maggiore zusammen. Die Vorbereitungen für Stresa waren von allen Seiten außerordentlich rührig. Man kann schon jetzt deutlich erkennen, wie die Fronten verlaufen:

Frankreich hat scheinbar den ursprünglichen Lardieu-Plan etwas geändert. Bekanntlich schlug Lardieu im März dieses Jahres vor, daß die mitteleuropäischen Agrarstaaten (von denen Bulgarien ausgenommen wurde) sich gegenseitig Vorzugszölle gewähren sollten. Dieser Plan brachte lediglich für die Tschechoslowakei gewisse Vorteile. Alle anderen Staaten und auch die tschechischen Agrarier lehnten ihn scharf ab. Nunmehr wird Frankreich ein europäisches Präferenzsystem vorgeschlagen, bei dem Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und die Tschechoslowakei, den vier Donauländern, Ungarn, Bulgarien, Südslawien und Rumänien für die Hälfte ihres jährlichen Ausfuhrüberschusses an Weizen, Mais und Gerste Vorzugszölle gewähren. Der französische Abgeordnete Fribourg hat eine vorbereitende Reise nach Prag und Wien unternommen und hat offenbar auch in Berlin, wo er wegen der Gleichberechtigungsforderung auch im Reichswehrministerium vortrat, den französischen Plan vorgetragen.

Vorsitzender der Konferenz in Stresa ist der frühere französische Minister George Bonnet. Er ist Anfang dieser Woche in London mit dem tschechoslowakischen Außenminister Beneš zusammengetroffen. England hat schon im Frühjahr dem Lardieu-Plan ziemlich weitgehend zugestimmt. Nach der seit Lausanne erfolgten Annäherung an Frankreich wird die Englische Regierung keinen Anlaß haben, die französischen Wünsche für die Neugestaltung in Mitteleuropa zu stören. Es ist anzunehmen, daß in London das französische Programm sowohl von den Engländern wie von Beneš voll gebilligt worden ist.

Polen versucht sich genau wie bei der ersten Welle der ostmitteleuropäischen Agrarkonferenz im Jahre 1930 energisch einzuschalten. Zu Ende der vorigen Woche tagten in Warschau die Vertreter der acht zwiischeneuropäischen Agrarländer (ohne Litauen — infolge des polnischen Konferenzortes).

Polen hat auf der Warschauer Konferenz scheinbar eine gewisse Einheitsfront der dort vertretenen Länder für Stresa erreicht und entgegen den französischen Absichten nicht allein die Frage des Handelsaustausches, sondern die Frage der Verschuldung in den Mittelpunkt gestellt.

Die Forderungen der Warschauer Konferenz gehen dahin, daß die Schuldnerstaaten ihre Schulden durch Vieserung ihrer Agrarprodukte in Form von Sonderkontingenten an die Gläubigerstaaten leisten können. Außerdem sollen die westeuropäischen Geldmärkte für die östereuropäischen landwirtschaftlichen Agrar-Kreditbanken stärker herangezogen werden.

Der in Warschau entwickelte Plan bedeutet nichts anderes als die Ausschaltung Deutschlands vom mitteleuropäischen Markt.

Da die Ausfuhr der europäischen Agrarstaaten noch immer zu wesentlichen Teilen nach Deutschland geht, hat sich auch der deutsche Export nach den Ost-Agrarstaaten (trotz des absoluten Rückgangs) im Verhältnis zu dem Export anderer Länder gut gehalten. Das direkte Einvernehmen der Schuldner- und Gläubigerstaaten, das letzten Endes auf eine Verzinsung und Amortisation der festgesetzten französisch-belgischen Anleihen in Warenform hinausläuft, läme einer handelspolitischen Überspringung Deutschlands gleich.

Die Regierung Herriot befindet sich in der Zwangslage, daß sie durch die starke Erschütterung der französischen Staatsfinanzen nicht ohne weiteres auf den Eingang der Zinsen aus Ostmitteleuropa verzichten kann. Andererseits können die Agrarstaaten praktisch nicht mehr zahlen. Es ist möglich, daß Herriot durch die oben dargestellte Umgehung von Barzahlungen seinen mißtrauischen Landsleuten die Notwendigkeit eines neuen mitteleuropäischen Planes mundgerecht machen will.

Die Deutsche Regierung hat bisher in dieser Frage keinerlei Aktivität gezeigt. Nachdem auf der Londoner Konferenz über den Lardieu-Plan Mitte März der deutsche Vertreter eine sehr geschickte und in fast allen Punkten mit der italienischen Auffassung übereinstimmende Antwort gegeben hat, scheint es, als ob sich die Regierung Papen hinter die in London von Deutschland gesteckte Linie zurückbewegt hätte. Dies könnte durchaus auf der Linie der deutsch-französischen Verständigung, die der Reichskanzler in Lausanne so eifrig betrieben hat, liegen. Trotz verschiedener Dementis ist inzwischen bekannt geworden, daß die Besprechungen deutsch-französischer Industrieller und Bankleute in Luxemburg vor der Konferenz in Lausanne zu sehr verbindlichen Abmachungen geführt haben, welche indirekt die deutsche Aktivität in allen mitteleuropäischen Dingen hemmen.

Wenn der französisch-polnische Plan in Stresa verwirklicht werden sollte, müßte Deutschland mit sehr erheblichen Renaussfällen auf dem mitteleuropäischen Markt rechnen.

Man wird daher in Stresa versuchen, die Linie Luxemburg-Lausanne weiter zu führen und eine Intensivierung der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen anzubieten. Dies entspricht sowohl den Absichten Herriots, wie den Absichten des deutschen Reichskanzlers, der sich an den mitteleuropäischen Fragen bisher völlig desinteressiert gezeigt hat, wie sein Verhalten in der Frage der österreichischen Anleihe deutlich genug bewiesen hat. Es braucht nicht betont zu werden, daß eine solche Entwicklung eine Preisgabe der deutschen Haltung auf der Londoner Konferenz bedeuten würde, durch die damals der Lardieu-Plan schließlich doch zu Fall gebracht wurde und daß damit Deutschland sich selbst aus einer gemeinsamen Schuldnerfront gegen Frankreich ausschließen würde.

Die deutsch-französische Verständigung heißt also für Deutschland in den nächsten Wochen einfach Passivität in allen mitteleuropäischen Fragen, durch die das französisch-deutsche Verhältnis gefördert werden könnte.

In Stresa ist demgemäß große Zurückhaltung der deutschen Delegation zu erwarten. Die Siegfriedstellung der deutschen Außenpolitik ist ohnedies seit Lausanne aufgegeben. Herr von Papen geht mit Konsequenz seinen Weg der Zusammenarbeit mit dem Westen weiter. G. W.

Dämmernde Erkenntnis in Frankreich.

Paris, 6. September. (PNA) Die „Liberté“ gibt die Meinung des Vorsitzenden der Außenkommission des Senats Henry Berenger über die Konferenz in Stresa wieder. Die Krankheiten der Donauländer, so sagte Herr Berenger, können durch die Konferenz in Stresa nicht geheilt werden, da die dort versammelten Ärzte über keine Macht und auch nicht über die zur Gesundung notwendigen Bedingungen verfügen. Alles was man von ihnen fordern kann, besteht nicht darin, Zentral-Europa das bisherige Mittel, d. h. Geldanleihen zu verschreiben, da diese lediglich das Übel verschlimmern. Frankreich kann nicht mehr für seine Finanzen kostspielige und für seine Diplomatie wirkungslose Lasten tragen. Es ist höchste Zeit, daß das französische Volk sich über seine eigene Lage klar werde, sofern es das verderbliche Übel, das durch giftige Arzneien um sich greift, vermeiden will.

Mißtrauen in England.

London, 6. September. (Eigene Drahtmeldung.) In einem Leitartikel über die Konferenz von Stresa nimmt die „Financial News“ ganz entschieden zu der französischen Absicht Stellung, den Donauländern die notwendigen Mittel, etwa in Form einer Anleihe, zur Verfügung zu stellen. Dieser Programmpunkt bedeute nichts weiter als eine Wiederbelebung des alten französischen Planes zur Bildung eines gemeinsamen Fonds, der dann Frankreich einen entscheidenden Einfluß auf die Donauländer sichern würde. Die Englische Finanz sei nicht mehr bereit, irgendwo Gelder anzulegen, über deren Verwendung sie keine Kontrolle habe. Derartige Maßnahmen brächten mehr Schaden als Nutzen. Sie würden zwar Vereinbarungen mit den Donauländern über die Möglichkeit einer Wiederbelebung der Wirtschaft bringen, diese Länder aber andererseits davon abhalten, ihre eigenen Finanzen und ihre Wirtschaft gründlich neu zu ordnen. Die Englischen Gläubiger würden jeden nur erdenklichen Widerstand leisten, ehe sie sich dieser Vereinbarung unterwerfen würden. Ein solcher Plan würde immer darauf hinauslaufen, daß gewisse ausländische Regierungen ihre eigenen Auslandsverpflichtungen und die ihrer Staatsangehörigen auf ein von ihnen selbst festgesetztes Maß beschränkten.

Kredite?

Laßt alle Hoffnung fahren!

Wie den „Wiener Neuesten Nachrichten“ aus Genf berichtet wird, machte dort der französische Korrespondent von Stresa, Georges Bonnet, auf dem Wege nach Stresa Station, um mit den Völkerbundfachverständigen, die an der Konferenz teilnehmen, Rücksprache zu nehmen. Er hatte eine längere Unterredung mit dem Finanzspezialisten des Völkerbundes, dem Untergeneralsekretär Avenol (Frankreich). Avenol wird, wie verlautet, nur kurze Zeit in Stresa bleiben, da die finanziellen Verhandlungen und die Sanierungspläne, auf denen anfänglich das Hauptgewicht der Konferenz zu ruhen schienen, in Stresa keinen allzu breiten Raum einnehmen dürften, nachdem Bonnet bei seinem Londoner Besuch feststellen mußte, daß die Englische Regierung und die dortigen Finanzkreise vorläufig nicht geneigt sind, neue Anleihen an die Oststaaten zu geben. (Die Franzosen verschließen dem balkanisierten Osten Mitteleuropas schon seit langem ihren Dintel!)

In den Kreisen der Augenblicklich in Genf weilenden Konferenzteilnehmer glaubt man daher, daß infolgedessen der zweite Teil der Warschauer Forderungen, die sich auf die Schaffung von Gemeinschaftsfonds und die Ausgabe kollektiv garantierter Anleihen bezieht, ziemlich gegenstandslos geworden ist und daß demgemäß auch die Frage der Aufhebung oder Milderung der Devisensperren in den verschiedenen Ländern nur eine untergeordnete Rolle spielen dürfte. Konversionsplänen für Auslandsanleihen oder Forderungen nach Zinsfußherabsetzungen, wie man sie von den Oststaaten erwartet, sehe man in den großen Kapitalstaaten noch sehr ablehnend gegenüber.

Angeichts dieser Lage dürfte man sich in Stresa hauptsächlich mit verschiedenen Wirtschafts- und Zollreorganisationsplänen beschäftigen, wobei sich an erster Stelle der neuerdings, anscheinend auf englische (?) Anregungen von Bonnet zur Erörterung gestellte Gedanke befindet, die Sanierung der östereuropäischen Wirtschaften nicht wie bisher auf dem Wege zweiseitiger Präferenzverträge, sondern

mit Hilfe eines kollektiven mehrseitigen Präferenzsystems

anzustreben. Das Problem des Weizenabfahes dürfte, wie in französischen Kreisen erklärt wird, für Stresa nicht aktuell werden, weil in den Weizenanbauländern des Ostens in diesem Jahre mit einer Ernte unter Mittel, teilweise mit einer Mißernte zu rechnen sei. Höchstens für Gerste und Mais, in denen größere Vorräte vorhanden seien, werde die Absatz- und Präferenzfrage zu besprechen sein.

Im übrigen vertritt man in französischen Konferenzkreisen die Auffassung, daß die Konferenz von Stresa, die kein absolut festumrissenes Programm habe, als Vor-

fühlungnahme und Vorbereitung für die Londoner Weltwirtschaftskonferenz nützlich sein könne, daß man von ihr aber

keine endgültigen Beschlüsse und Ergebnisse

erwarten dürfe. Die Dauer der Konferenz wird auf eine Woche bis zehn Tage geschätzt. Ihr Sekretariat wird aus zwei französischen, einem deutschen und einem italienischen Mitglied bestehen. Die Konferenz wird über ihre Verhandlungen zunächst an den Europa-Ausschuß berichten, der Ende September in Genf zusammentritt.

Diese Prognose für die Entwicklung der Dinge in Straßburg läßt erkennen, daß die Verhandlungen der Konferenz, wie zu erwarten war, vorwiegend unter französischem Einfluß stehen werden. Da von England finanzielle Hilfe nicht zu erwarten ist, bleibt Mittel- und Osteuropa dem französischen Finanzkapital als Aktionsraum überlassen. Dessen Betätigung wird sich aber kaum im Rahmen der Konferenz, sondern vorwiegend hinter den Kulissen geltend machen. Die Schrumpfung des Konferenzprogramms, die sich daraus ergibt, wirkt sich nun dahin aus, daß die Frage der Präferenzen zum Hauptthema wird und Frankreich damit die Gelegenheit erhält, den Tardieu-Plan neuerlich in den Vordergrund zu schieben. Frankreich hat die Konferenz von Straßburg nicht umsonst mit größter Sorgfalt vorbereitet und wird zweifellos alle Hebel ansetzen, um sie zu einem Erfolg seiner Politik in Mittel- und Osteuropa zu gestalten. Die Vertreter der deutschen Staaten auf der Konferenz werden durch diese Perspektive zu um so größerer Vorsicht verpflichtet.

Maßnahmen zum Schutz der Landwirtschaft im Reich.

Briefwechsel Hugenberg-Papen.

Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg, hat an den Reichskanzler von Papen folgenden Brief gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

In Ihrer Rede in Münster haben Sie auf die Wichtigkeit der landwirtschaftlichen Rentabilität hingewiesen. Sie haben deren dringende Notwendigkeit auch in Ihrer programmatischen Erklärung vor dem Deutschen Landwirtschaftsrat kurz nach Übernahme der Kanzlerschaft schon betont. Zugleich haben Sie angedeutet, daß nun die Bahn für einschneidende Maßnahmen frei sei.

In unseren mündlichen Besprechungen erlaubte ich mir schon, darauf hinzuweisen, daß sich aus dem Fehlen näherer Ausführungen über solche Maßnahmen innerhalb der Landwirtschaft eine große Sorge und Unruhe ergeben hat. Mir scheint nach dieser Richtung eine Ergänzung Ihrer Darlegungen wünschenswert zu sein.

Es ist nach Lage der Dinge unvermeidlich, daß die von meiner Partei seit langem geforderte grundsätzliche Umstellung der landwirtschaftlichen Handelspolitik auf das Kontingentsystem nunmehr beschleunigt durchgeführt werden muß. Die Erfordernisse der deutschen Währungs- und Handelspolitik führen zu den gleichen Forderungen wie diejenigen unserer handelspolitischen Lage.

Ein unseren Bedürfnissen und unserer finanziellen Leistungsfähigkeit angepaßtes Kontingentsystem ist eine der gesamten deutschen Wirtschaft zugute kommende Maßnahme.

Auch die Frage der Schuldenregelung, die zugleich die Frage der Ermöglichung einer künftigen gelunden deutschen Zinsfußentwicklung ist, bedarf der Beschleunigung. Sie kann nur im Zusammenhang mit einer Herabsetzung der Auslandszinsen erreicht werden. Wie unsere Auslandsgläubiger wissen, ist eine solche durch die Devisenlage Deutschlands unvermeidlich geworden. Das rapide Absinken der Preise der bäuerlichen Veredelungswirtschaft ist eine Erscheinung, die bei der Gesamtlage Deutschlands verhängnisvolle Wirkungen haben muß. Diese ständige weitere Verschlechterung der deutschen Wirtschaftsgrundlage mit durchgreifenden Mitteln abzustoppeln und wieder gutzumachen, ist eine dringende Notstandsmaßnahme.

Wenn in diesen Punkten nicht geholfen wird, steht zu befürchten, daß auch die zur Ankurbelung der übrigen Wirtschaft und zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit angefügten Maßnahmen nicht die erhoffte Wirkung haben, vielmehr droht der fortschreitende Verfall der Landwirtschaft die Kaufkraft des deutschen Volkes weiter einzuschränken und die Aufnahme der durch Gewerbe und Industrie hergestellten Güter in großem Umfang unmöglich zu machen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Dr. Hugenberg.

Darauf ging vom Reichskanzler von Papen folgende Antwort ein:

„Sehr geehrter Herr Geheimrat!

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 2. d. M., das sich mit der Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität beschäftigt und beehre mich, darauf folgendes zu erwidern:

Wenn in landwirtschaftlichen oder politischen Kreisen der Eindruck entstanden sein sollte, daß die jetzige Reichsregierung die Schwere und Bedeutung des herrschenden landwirtschaftlichen Notstandes nicht voll würdige und nicht zu sofortiger tätiger Hilfe bereit sei, so beruht dies auf einem Mißverständnis.

Ich stimme in der Beurteilung der Lage durchaus mit Ihnen überein. Schon unter dem Gesichtspunkt der deutschen Devisenlage ist eine Entlastung des deutschen Marktes von übermäßiger landwirtschaftlicher Einfuhr unerlässlich. Im Grundsatz hat sich daher die Reichsregierung für die Anwendung von Kontingentsystemen entschieden, soweit die Verhandlungslage das zuläßt.

Wenn ich auf diese Frage in meiner Rede in Münster nicht näher eingegangen bin, so ergab sich dies lediglich daraus, daß ich mich dort nur mit den Grundzügen der nächsten Notverordnung befaßt habe.

In dieser können die erwarteten Maßnahmen zum Teil deshalb nicht enthalten sein, weil es zu ihrer

Ein Mann der Wirklichkeit.

In der Verlage der angesehenen „Nationalökonomischen Gesellschaft“ in Krakau erscheint in den nächsten Tagen eine Abhandlung des polnischen Wirtschaftlers Starowiejski unter dem Titel „Europa am Scheideweg“, welche Vorschläge zur Heilung der europäischen Wirtschaftskrise enthält. In der Schrift werden Gedankengänge entwickelt, die in der polnischen Publizistik überraschend wirken.

Der Verfasser spricht sich für die Schaffung eines mittel- und osteuropäischen Wirtschaftsblocks aus und weist in längerer Ausführungen nach, daß ein solcher Block ohne Beteiligung Deutschlands nicht denkbar wäre. Dabei wird der Versailler Vertrag als ein Diktat bezeichnet, das an der Weltkrise einen großen Teil der Schuld trage und sich in Zukunft nicht werde aufrechterhalten lassen. Der „natürliche Entwicklungsweg“ weise nach einer Wirtschaftsverständigung hin, in der sich Deutschland mit den Tschechoslowaken, Polen, Rumänien, vielleicht auch Ungarn zusammenschließen würden. Für Deutschland würde ein derartiger Block, der sich von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer ausdehnen würde, die Öffnung nicht nur des polnisch-rumänischen, sondern auch des russischen Marktes bedeuten.

Darüber hinaus wäre ein Vordringen dieses Wirtschaftsbundes auch nach Asien zu erwarten; um dies zu fördern, sollte die Errichtung eines „deutsch-polnisch-tschechischen Konzerns zur Verwertung der Naturkräfte des Orients“ erwogen werden.

Durchführung neuer Vorschriften bedarf, zum Teil deshalb, weil die bezüglichen Vorbereitungen noch nicht abgeschlossen sind.

Ich darf andererseits mitteilen, daß über das zunächst beabsichtigte Maß hinaus die Reichsregierung heute beschließen hat, dem Reichspräsidenten eine Entlastung von der Grundsteuer durch Steuergutscheine in Höhe von 40 v. H. des Steuerbetrages vorzuschlagen. Ich bitte, überzeugt zu sein, daß im übrigen die erforderlichen Maßnahmen mit äußerster Beschleunigung zu Ende geführt werden sollen. Das Reichskabinett ist sich völlig klar darüber, daß die Rettung der Landwirtschaft eine deutsche Lebensfrage ist.

Es wird Sache der Reichsregierung sein, unter Wahrung der Interessen der gesamten deutschen Wirtschaft die Reihe der schon durchgeführten einschneidenden Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft zu einem ausreichend wirksamen Gesamtwerk zu vervollständigen.“

gez. von Papen.

Hindenburg

hat das Wirtschaftsprogramm unterzeichnet!

Die Verordnung „zur Belebung der Wirtschaft“, die am Sonnabend abend vom Reichskabinett verabschiedet wurde, ist in Abend vom Reichspräsidenten unterzeichnet worden; ihre Veröffentlichung ist bereits erfolgt. Die Verordnung gliedert sich in vier Teile:

- Entlastung der Wirtschaft,
- Sozialpolitik,
- Kreditpolitische Maßnahmen,
- Finanzpolitische Maßnahmen.

Der erste Teil enthält die näheren Bestimmungen über die Ausgabe der Steueranrechnungsscheine, die in der letzten Kanzlerrede angekündigt worden ist. Der zweite Teil enthält eine allgemeine Ermächtigung an die Reichsregierung (nicht lediglich an den Reichsarbeitsminister) zu einer Reform der Arbeitslosenunterstützung, der Alters-, Invaliden- und Krankenversicherung. Im kreditpolitischen Teil ist eine Ermächtigung zur Kreditgewährung an notleidende Gewerbe und Konsumgenossenschaften mit besonderer Berücksichtigung der gewerblichen Genossenschaften im Osten. Zu den finanzpolitischen Maßnahmen gehört u. a. die Beibehaltung der Bürgersteuer, deren Sätze aber ermäßigt werden sollen. Dieser Teil der Notverordnung enthält auch die Vorschrift, daß die Gehälter bei den vom Reich subventionierten Betrieben derart gesenkt werden müssen, daß sie den Bezügen der Reichsbeamten angepaßt werden.

Für die Ausgabe der Steueranrechnungsscheine ist im einzelnen folgende Regelung vorgesehen: die Beförderungsteuer wird den Reichsbahnen in vollem Umfang in Anrechnungsscheinen zurückgezahlt. Von der Umsatz-, Grund- und Gewerbesteuer sollen 40 v. H. zurückvergütet werden, während vorher bei der Umsatzsteuer 50 v. H. in Aussicht genommen waren. Für die Auszahlung der Prämien bei der Neueinstellung von Arbeitern ist der Beschäftigungsstand während der Monate Juni, Juli und August dieses Jahres als Grundlage angenommen. Die Auszahlung erfolgt in vierteljährlichen Raten von 100 Mk. in Steueranrechnungsscheinen. Die Arbeitgeber haben den Antrag auf Auszahlung der Prämie in dem Monat einzureichen, der auf jenes Vierteljahr folgt, in dem die Neueinstellungen erfolgt sind, also für das letzte Vierteljahr 1932 würde die erste Prämienzahlung im Januar zu beantragen sein.

Die Ermäßigung der Bürgersteuer, die für das letzte Vierteljahr 1932 verlängert wird, soll 50 v. H. betragen. Die Besteuerung der Ehefrau fällt ganz fort.

Außerdem eine Ausführungsverordnung.

Berlin, 6. September. (Eigene Drahtmeldung.) Im Reichsgesetzblatt Nr. 48 wird nunmehr eine Durchführungsverordnung zur Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung der Arbeitslosenunterstützung und der Sozialversicherung, sowie zur Erleichterung der Wohnlasten der Gemeinden vom 14. Juni 1932, und zur Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 veröffentlicht.

Zusammentritt des Reichstages am 12. September

Berlin, 6. September. (PAZ.) Die halbamtliche parlamentarische Agentur teilt mit, daß der Reichstag am 12. September zur Vollziehung einberufen werden soll. Reichspräsident von Hindenburg trifft am Sonnabend wieder in Berlin ein. An demselben Tage soll von ihm das Präsidium des Reichstages empfangen werden. Auf der Tagesordnung der Vollziehung befindet sich die Programm-Verordnung der Reichsregierung.

Nach Beendigung der Tagung der deutschen Katholiken in Essen werden die Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden.

Abbruch des Katholikentages.

Essen, 5. September. Mit zwei Massenkundgebungen in den Ausstellungshallen, denen ein Festgottesdienst vorausging, der 250 000 Teilnehmer vereinigte, erreichte der 71. Deutsche Katholikentag gestern seinen Höhepunkt und Abschluß.

Das Referat des früheren Reichsarbeitsministers Brauns über das Thema „Christi Auferstehung in der Großstadt“ behandelte aktuelle politische und sozialpolitische Fragen. Brauns wandte sich mit großer Schärfe gegen alle Diktaturbestrebungen und reaktionären Tendenzen auf sozialem Gebiet. Nicht der Weg der Diktatur sei Deutschlands Rettung. Nur eine von christlichen Grundsätzen getragene Zusammenarbeit im Staat und der Völker könne aus der Not der Gegenwart hinausführen. Die Diktatur einer Klasse, einer Partei oder eines absoluten Staates würde an die Stelle des Rechtes die brutale Macht setzen und damit den gerechten Ausgleich zwischen der Freiheit des einzelnen und den Interessen der Gesamtheit unmöglich machen. Es sei selbstverständlich, daß die fortgeschrittene Mechanisierung der Arbeit und die strukturelle Veränderung unserer Wirtschaft auch eine alle Reaktionen ferne Anpassung der Sozialversicherung und des Arbeitsrechtes an die neue Lage zur Folge haben müsse.

Die Ausführungen des österreichischen Justizministers Dr. Schuschnigg, der über das gleiche Thema sprach, gipfelten in der Erklärung, daß das katholische Österreich bereit sei, mitzuarbeiten an der gemeinsamen Front des gesamten katholischen Christentums, der eine wesentliche Aufgabe zufallen müsse für den Neubau Mitteleuropas und somit für die Befriedigung der Welt.

Mit Schlußansprachen der beiden Präsidenten der Tagung, des bairischen Kultusministers Baumgartner und des Gewerkschaftsführers Ditte, fand die Tagung ihr Ende.

Der nächstjährige Katholikentag wird aller Wahrscheinlichkeit nach in Wien stattfinden.

Teilweise Regierungumbildung in Warschau

Die Minister Jan Pilsudski und Rühn treten zurück.

Warschau, 6. September. (PAZ.) Gestern haben der Finanzminister Jan Pilsudski und der Verkehrsminister Ingenieur Alfons Rühn ihre Rücktrittsgesuche eingereicht, die von dem Präsidenten der Republik angenommen wurden.

Gleichzeitig unterzeichnete der Staatspräsident die Ernennung des Professors Wladyslaw Marjan Pawadzki zum Finanzminister und des Ingenieurs Michal Dutkiewicz zum Leiter des Verkehrsministeriums.

Der „Strzelec“ wird verstaatlicht?

Die Sanierungspreste veröffentlicht folgende Information: Der Kriegsminister hat eine Verordnung unterzeichnet, auf Grund deren der Hauptkommandant des Schützenverbandes in der Eigenschaft als Brigadegeneral dem staatlichen Amt für physische Erziehung und militärische Vorbereitung als Gehilfe des Direktors und gleichzeitig als Delegierter dieses Amtes ernannt wird. Der Tätigkeitsbereich des Hauptkommandanten des Schützenverbandes ist das Hauptkommando dieses Verbandes, dem eine Reihe von Offizieren vom Hauptmann bis zum Obersten angehören. Auf diese Weise, so betont die oppositionelle Presse, gehen die Kommandanten des Strzelec, einer Sanierungsorganisation, in den aktiven Dienst auf den staatlichen Etat über. Dies bedeute praktisch eine Verstaatlichung der „Strzelec“.

Polnische Bauern

stellen die Lebensmittelzufuhr nach den Städten ein.

Warschau, 6. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die bäuerlichen Vereinigungen Polens haben beschlossen, die Zufuhr von Lebensmitteln nach den Städten zunächst für die Dauer einer Woche einzustellen. Der Zweck dieses eigenartigen Streikes liegt in der Absicht, durch ein vermindertes Angebot eine Preissteigerung für landwirtschaftliche Erzeugnisse hervorzurufen und gleichzeitig eine Herabsetzung der Marktgebühren zu erzwingen. Der Streik, der sich auf Kongresspolnische Orte beschränkt, hat am Montag begonnen.

Verhaftung des Bischofs der Polnischen Nationalkirche.

Auf dem Warschauer Hauptbahnhof wurde der Bischof der Polnisch-Katholischen Nationalkirche Hurjewicz durch Beamte der Bahnpolizei verhaftet. Die Verhaftung wurde in dem Augenblick vorgenommen, als der kirchliche Würdenträger sich zum Zug begeben wollte, um Warschau zu verlassen. Über die Ursache dieser auffordernden Verhaftung ist bisher nichts bekannt geworden.

Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 6. September 1932.
Krakau - 2,91, Zawichost + 0,81, Warschau + 0,73, Błoc + 0,58, Thorn + 0,50, Kordon + 0,52, Culm + 0,37, Graudenz + 0,50, Rurzebrat + 0,75, Bielel - 0,06, Dirschau - 0,10, Emlage + 2,30, Schiewenborst + 2,52.

